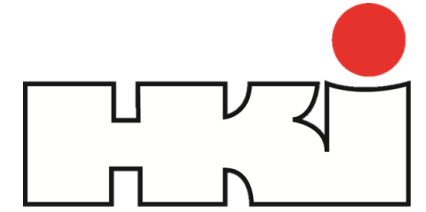


Aktuelles im Bereich der Rechtsetzung: Lebensmittelkontaktmaterialien

Der HKI vertritt die Interessen der Hersteller von

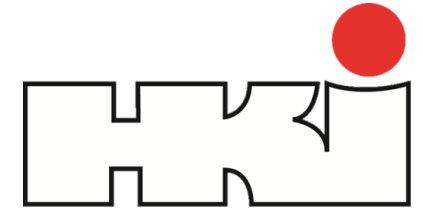


Häuslichen Heiz- und Kochgeräten
im Fachverband
Heiz- und Kochgeräte



sowie Großküchengeräten im
Fachverband
Großkücheneinrichtungen

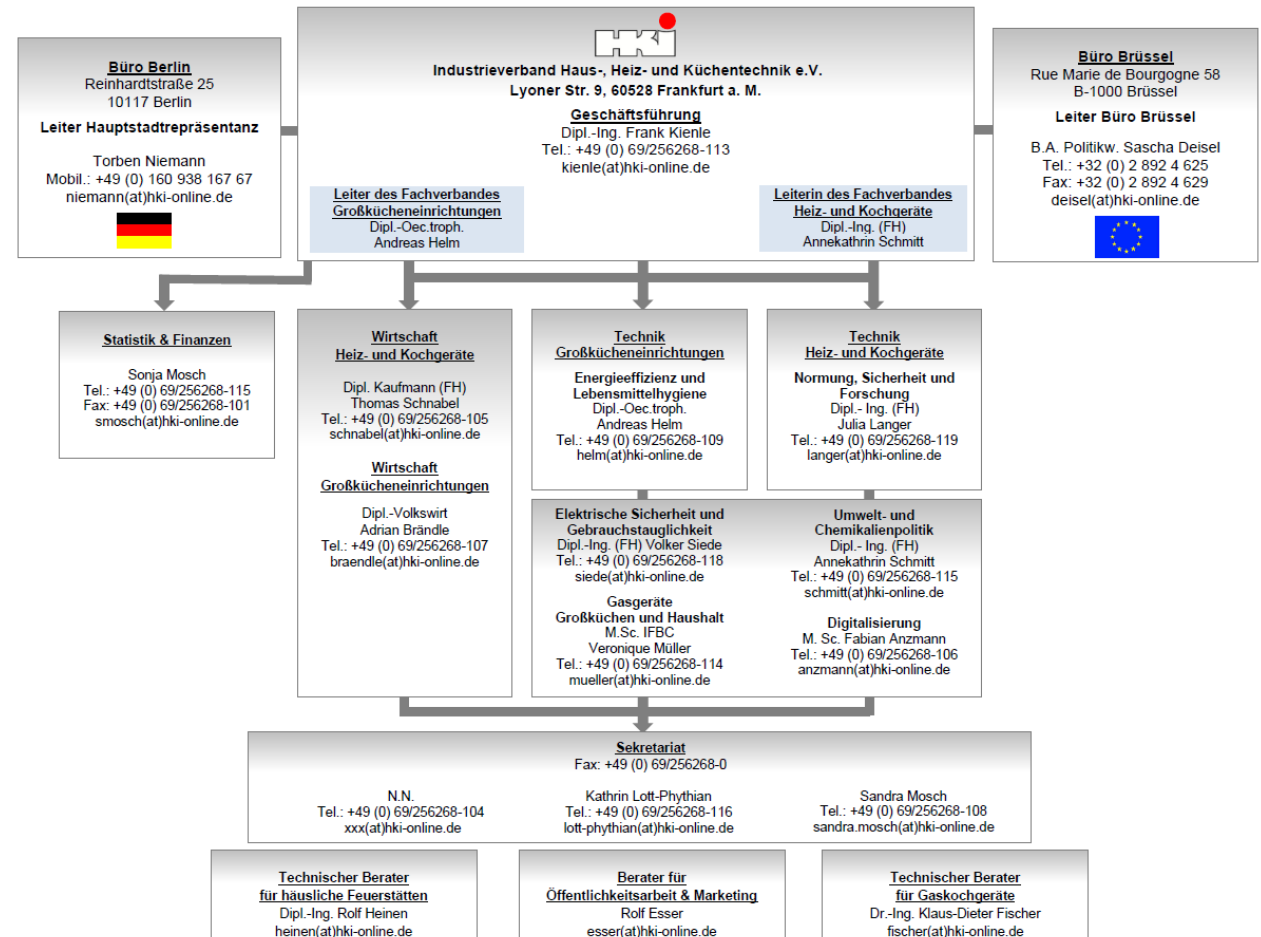
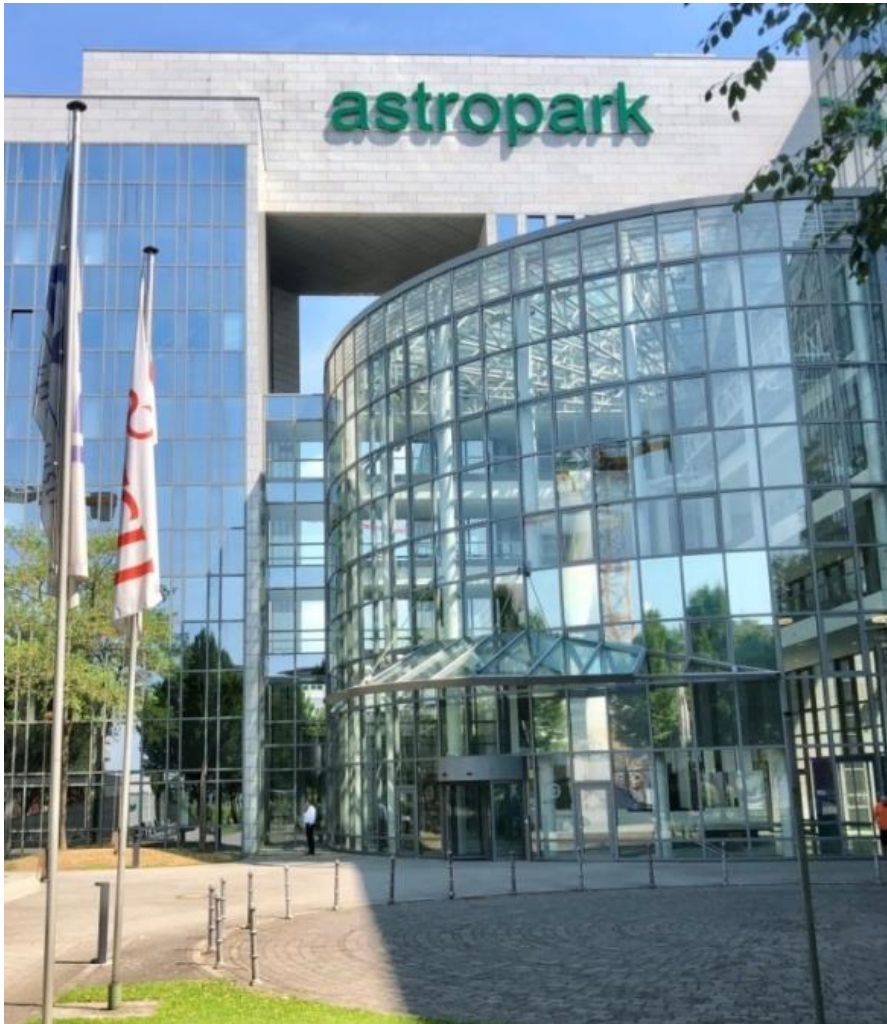
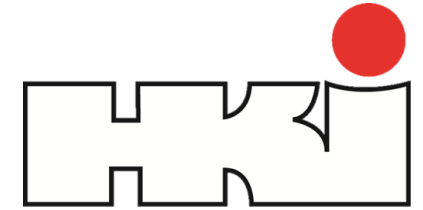
Damals wie heute: Im Dienste der Industrie



- Die Geschichte des HKI Verbandes reicht bis in die Zeit vor dem ersten Weltkrieg zurück
- Damaliger Arbeitsschwerpunkt:
Erstellung von Richtlinien für den Ofenbau
- In der heutigen Form existiert der HKI Verband seit 1949
- Kamine und Holzherde für den häuslichen und gewerblichen Bereich
- Seitdem: stetige Erweiterung des Betreuungsbereichs
- Zuletzt durch die Öffnung für Hersteller von Etagenbacköfen sowie von Küchenmaschinen



Geschäftsstelle



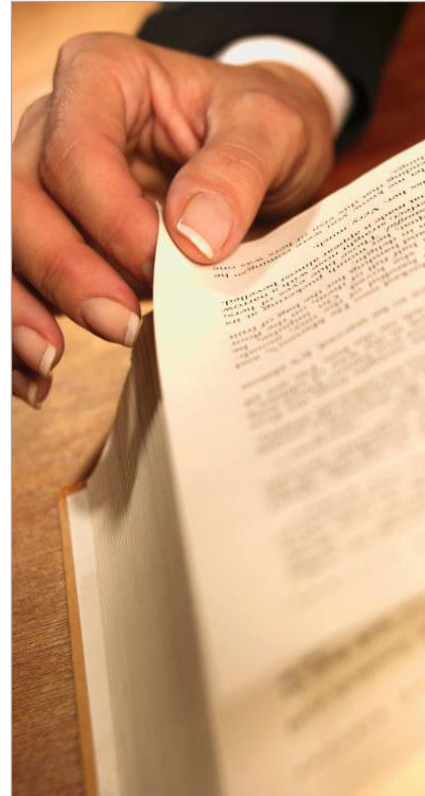
Arbeitsschwerpunkte



Gesprächspartner für Politik, Behörden, Verwaltung



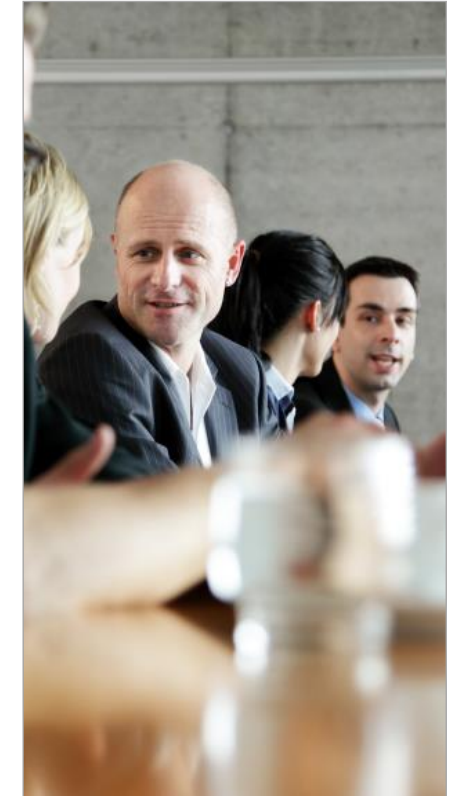
Kooperationen mit Brancheninstituten



Hilfestellung
Beratung
Service



Informationsaustausch für Branchen und Endkunden

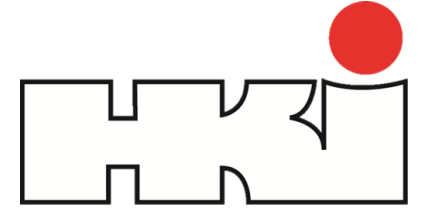


Technische Regeln, Standards und Normen

Großküchengeräte

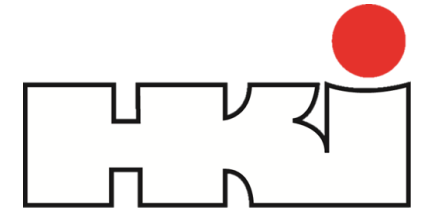
- Lebensmittelbedarfsgegenstände sind Bedarfsgegenstände im Sinne des Abs. 6 Satz 1 Nr. 1 des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch
- Dies sind Materialien und Gegenstände, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen
- Großküchengeräte sind solche Bedarfsgegenstände
- Anforderungen an Bedarfsgegenstände sowie an die Lebensmittelkontaktmaterialien sind zu beachten
- Insofern begleitet der HKI Verband dieses Thema Lebensmittelkontaktmaterialien seit Jahren und informiert seine Hersteller darüber





Agenda

1. Einführung Rechtsrahmen
2. Änderung der Verordnung zu Materialien und Gegenstände aus Kunststoff
3. Informationen zur Keramikrichtlinie, FCM Kunststoff-Recycling und zur Druckfarbenverordnung
4. Überarbeitung des Leitfadens für Metalle und Legierungen
5. Anzeigeverordnung für Lebensmittelbedarfsgegenstände
6. Geplantes Verbot von BPA in Lebensmittelkontaktmaterialien
7. Geplantes PFAS Beschränkungs Vorhaben unter REACH in Bezug auf Lebensmittelkontaktmaterialien



Einführung Rechtrahmen

EU Rechtsrahmen

VO (EG) Nr. 1935/2004 vom 27. Oktober 2004 über Materialien und Gegenstände, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen

VO (EG) Nr. 2023/2006 (GMP) vom 22.12.2006 über gute Herstellungspraxis für Materialien und Gegenstände, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen (Vorgaben für ein Qualitätssicherungssystem und die Auswahl geeigneter Rohstoffe für bestimmte Verwendungszwecke)

Materialspezifische Regelungen

Spezifisch geregelter Bereich z.B. Kunststoffe, Keramik, Zellglasfolien, aktive Materialien



Bisher nicht spezifisch geregelter Bereich z.B. Glas, Metalle/Legierungen, Holz

Keramikgegenstände mit Lebensmittelkontakt: RL-84/500/EWG, RL-2005/31/EG

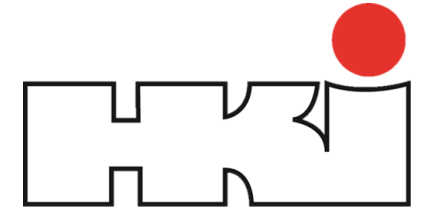
Kunststoffgegenstände mit Lebensmittelkontakt: VO 10/2011/EG, VO 202/2014/EG, RL-78/142/EWG, VO 372/2007/EG, VO 597/2008/EG, VO 282/2008, VO 1895/2005/EG, VO 1282/2011

Zellglasfolien mit Lebensmittelkontakt: 2007/42/EG

Elastomeren + Gummi mit Lebensmittelkontakt: RL-93/11/EWG

aktive + intelligente Materialien mit Lebensmittelkontakt: 450/2009/EG

Leitlinien und Empfehlungen zum aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik ([BfR-Empfehlungen zu Materialien für den Lebensmittelkontakt](#) oder [Empfehlungen des European Directorate for the Quality of Medicines and Health Care \(EDQM\)](#)), Bsp: EDQM - Technical Guide on Metals and Alloys used in food contact materials and articles

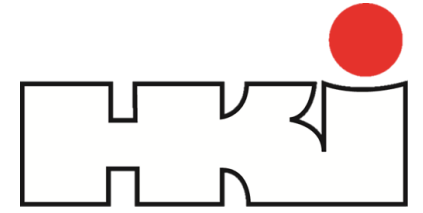


Verordnung (EG) Nr. 1935/2004

- Die Verordnung betrifft alle Materialien und Gegenstände, die als Fertigerzeugnis dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen.
 - Küchenutensilien, Besteck und Geschirr,
 - aber auch Materialien, die in Verarbeitungsgeräten und -anlagen wie Kaffee- oder Produktionsmaschinen verwendet werden,
 - für den Transport von Lebensmitteln verwendeten Behälter.
- Inkrafttreten am 3. Dezember 2004
- Die Materialgruppen sind im Anhang I der Verordnung aufgelistet →
- Zu den Materialgruppen gibt es Einzelmaßnahmen (wie Verordnungen) mit Vorgaben für die Materialien, die eingehalten werden müssen.

1. Aktive und intelligente Materialien und Gegenstände
2. Klebstoffe
3. Keramik
4. Kork
5. Gummi
6. Glas
7. Ionenaustauscherharze
8. Metalle und Legierungen
9. Papier und Karton
10. Kunststoffe
11. Druckfarben
12. Regenerierte Cellulose
13. Silikone
14. Textilien
15. Lacke und Beschichtungen
16. Wachse
17. Holz

Verordnung (EG) Nr. 1935/2004 – Kennzeichnung Lebensmittelbedarfsgegenstände



- Spuren von Chemikalien aus den Materialien können in Lebensmittel gelangen, dürfen keine negativen Auswirkungen auf Geschmack/Geruch haben bzw. müssen gesundheitlich unbedenklich sein, d.h. unter normalen oder vorhersehbaren Verwendungsbedingungen darf keine Gefahr für die menschliche Gesundheit bestehen
- Grundlage für die spez. Vorschriften ist wissenschaftliche Beurteilung möglicher Gesundheitsrisiken durch die LKM z.B. durch EFSA, BfR



EUROPÄISCHE
BEHÖRDE FÜR
LEBENSMITTELSICHERHEIT



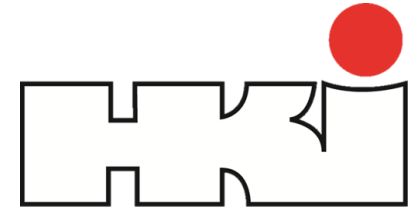
Nach Anhang II
der Verordnung

- Kennzeichnung von Gegenständen, die mit Lebensmitteln in Kontakt kommen dürfen
 - a. mit der Angabe "Für Lebensmittelkontakt,, ein besonderen Hinweis auf den Verwendungszweck oder mit dem Symbol
 - b. Name, Anschrift des Herstellers, des Verarbeiters oder des Importeurs in die EU und
 - c. angemessene Kennzeichnung oder Identifikation, für eine Rückverfolgbarkeit und
 - d. Für aktiver Materialien* sind Angaben zum zulässigen Verwendungszweck sowie Informationen über vom aktiven Bestandteil abgegebenen Stoffe



*Aktive Materialien geben gezielt Stoffe an das Lebensmittel oder dessen umgebende Atmosphäre ab (wie antimikrobielle Oberflächen/ Konservierungsstoffe) beziehungsweise entziehen ihm Stoffe (wie Absorbermaterialien die Sauerstoff binden)

Verordnung (EG) Nr. 1935/2004 – Nachweis für Lebensmittelbedarfsgegenstände



BfL

- Die VO 1935/2004 schreibt eine **Konformitätserklärung für Materialien, die mit Lebensmittel in Kontakt kommen, vor.**
- Es handelt sich um eine zusammenfassende Erklärung, die sich auf die lebensmittelberührenden Teile bezieht.
Bsp.: VO 10/2011 sowie der VO 1935/2004 (1)
- Der Hersteller muss erklären, dass die Lebensmittelbedarfsgegenstände den rechtlichen Anforderungen entsprechen (2) und muss dies belegen!
- Angaben zu den verwendeten Materialien (3)
- Konformitätserklärungen inkl. Untersuchungsbestätigungen sind den zuständigen Behörden auf Verlangen vorzulegen

Konformitätserklärung
für Materialien aus Kunststoff, die mit Lebensmitteln in Kontakt kommen

Name und Anschrift des Ausstellers:

sofern abweichend
Name und Anschrift des Herstellers oder Importeurs:

Datum:

1 Hiermit wird erklärt, dass das Produkt
den Vorschriften der Verordnung (EU) Nr. 10/2011 sowie der Verordnung (EU) Nr. 1935/2004
- in der jeweils aktuellen Fassung - entspricht.

2 Die Gesamtmigration sowie die spezifischen Migrationen liegen bei spezifikationsgemäßer
Anwendung unter den gesetzlichen Grenzwerten.
Die Prüfungen erfolgen

- bis 31.12.2012: nach Richtlinie 82/711/EWG und 85/572/EWG
- bis 31.12.2015: nach Richtlinie 82/711/EWG und 85/572/EWG oder
nach Art. 17 und 18 der Verordnung (EU) Nr. 10/2011 in Verbindung mit Anhang V
- ab 1.1.2016: nach Art. 17 und 18 der Verordnung (EU) Nr. 10/2011 in Verbindung mit Anhang V

Die eingesetzten Materialien und Rohstoffe entsprechen der Verordnung (EU) Nr. 10/2011.

Folgende Stoffe mit Beschränkung und/oder Spezifikation, werden in dem o.g. Produkt eingesetzt:

Stoffbezeichnung	Beschränkung
.....

Hinweis auf „Dual-Use-Stoffe“, sofern verwendet, und Angaben zur spezifischen Migration.

3 Spezifikation zum vorgesehenen Verwendungszweck oder Einschränkungen:

- Art/Arten von Lebensmitteln, die mit dem Material in Berührung kommen sollen:
.....

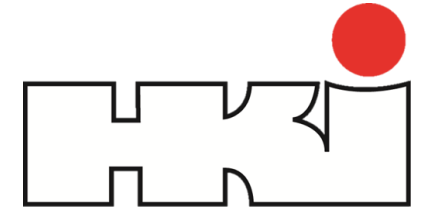
- Verwendungsbedingungen, wie Dauer und Temperatur der Behandlung oder Lagerung
bei Kontakt mit dem Lebensmittel:
.....

- Verhältnis der mit Lebensmitteln in Berührung kommenden Fläche zum Volumen, anhand dessen
die Konformität des Materials oder Gegenstandes festgestellt wurde:
.....

Quelle: Bundes für Lebensmittelrecht und
Lebensmittelkunde e.V. (BLL) [Link](#)

Revision EU-FCM-Recht

WORKING GROUP
ON FOOD CONTACT MATERIALS



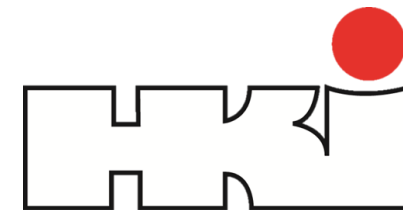
- Wichtige Punkte der Kommission in der Revision sind Sicherheit und Nachhaltigkeit
- Fokus soll auf den Materialien liegen
 - Neuausrichtung auf Materialtypen (synthetische , anorganische, natürliche Fasern etc.) einschließlich FCM-Verbundmaterialien ist geplant
- Priorisierung von Stoffen
 - Stoffe denen der Verbraucher ausgesetzt ist (unabhängig von Herkunft + Stoffgruppe)
 - abgestufter Ansatz, Vorrang von bestimmten Gefahrenklassen (CMR, ED, PBT + vPvB)
 - Selbsteinschätzung von harmlosen Stoffen und/oder solchen die in geringen Mengen migrieren
- Unterstützung sicherer und nachhaltiger Alternativen
 - Regeln zur Priorisierung und Unterstützung der Nachhaltigkeit (z.B. bei Verpackungen)
- Ziel der Kommission: ein Entwurf soll im November 2023 verfügbar sein.

CMR: krebserzeugend, erbgutverändernd/reproduktionstoxisch

ED: endokrin wirksame Stoffe – Einfluss auf das Hormonsystem)

PBT: persistent, bioakkumulierbar und toxisch

vPvB: sehr persistent + sehr bioakkumulierbar

**VERORDNUNG (EU) 2023/1442 DER KOMMISSION**

vom 11. Juli 2023

zur Änderung von Anhang I der Verordnung (EU) Nr. 10/2011 über Materialien und Gegenstände aus Kunststoff, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen, bezüglich Änderungen an Zulassungen für Stoffe und der Aufnahme neuer Stoffe

(Text von Bedeutung für den EWR)

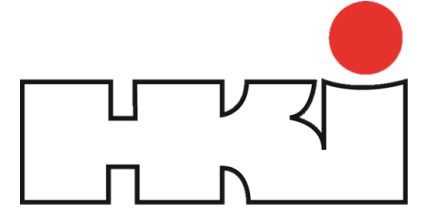
DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1935/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Oktober 2004 über Materialien und Gegenstände, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen, und zur Aufhebung der Richtlinien 80/590/EWG und 89/109/EWG ⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 5 Absatz 1 Unterabsatz 2 Buchstaben a, d, e, h, und i, Artikel 11 Absatz 3 und Artikel 12 Absatz 6,

Änderung der Verordnung (EU) Nr. 10/2011 zu Materialien und Gegenstände aus Kunststoff

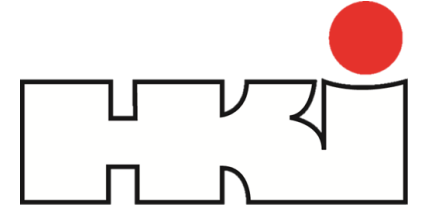
Änderung Verordnung (EU) Nr. 10/2011



- Verordnung (EU) Nr. 10/2011 vom 14. Januar 2011 über Materialien und Gegenstände aus Kunststoff, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung kommen
- Geändert mit Verordnung (EU) 2023/1442 (16. Änderungsverordnung) vom 12.7.2023
- Inkrafttreten am 1. August 2023 mit einer Übergangsfrist zum 1. Februar 2025
- Diese Materialien, die der 15. Änderungsverordnung entsprechen und vor dem 1. Februar 2025 in Verkehr gebracht werden, dürfen in Verkehr bleiben, bis die Bestände aufgebraucht sind.



Änderung Verordnung (EU) Nr. 10/2011

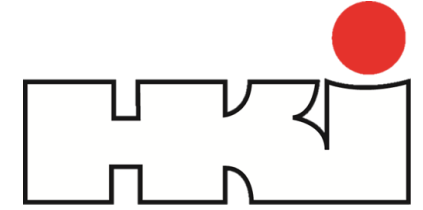


- Änderungen betreffen den Anhang I (Stoffliste)

Einträge 96 zu Holzmehl und –fasern, naturbelassen und 121 zu Salicylsäure:

- die Zulassungen in ihrer bisherigen Form standen laut Änderungsverordnung nicht im Einklang mit der Verordnung (EU) Nr. 1935/2004
 - es wären nähere Informationen über Stoffe oder bestimmte Verwendungen dieser Stoffe erforderlich
 - Zulassungen der Einträge 96 und 121 wurden daher widerrufen
-
- ab 1.2.2025 eine neue Zulassung für Holzmehl und –fasern und Salicylsäure als FCM notwendig
 - der Antrag auf Zulassung muss vor dem 01.08.2024 erfolgen

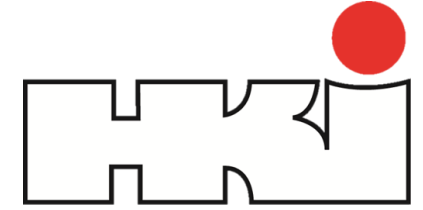
Änderung Verordnung (EU) Nr. 10/2011



- **Aufnahme von neuen Stoffen (in Anhang 1)**

FCM-Stoff-Nr.	Bezeichnung
1078	Tris(2-ethylhexyl)benzol-1,2,4-tricarboxylat (CAS 3319-3-1-1)
1079	Bis(2-ethylhexyl) cyclohexan-1,4-dicarboxylat (DEHCH) (CAS 84731-70-4) (Vo 2023/1627)
1080	(Triethanolamin-Perchlorat, Natriumsalz) Dimer (CAS 156157-97-0)
1081	N,N-Bis (2-hydroxyethyl) stearylamin, teilweise verestert mit gesättigten C16/C18-Fettsäuren
1082	Phosphorsäure, gemischte Ester Mit 2-Hydroxyethyl-methacrylat
1083	Benzophenon-3,3',4,4'-tetracarbonsäuredianhydrid (BTDA, 2421-2-8-5)

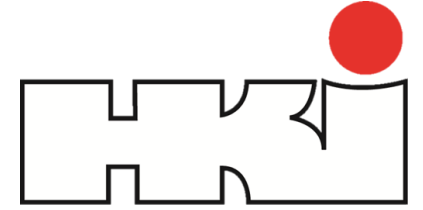
Änderung Verordnung (EU) Nr. 10/2011



- Aktualisierung der Verwendungsbeschränkungen (in Anhang 1)

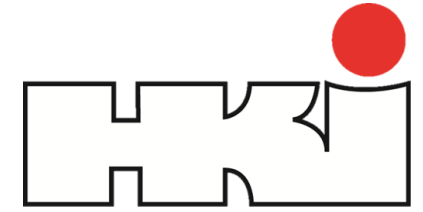
FCM-Stoff-Nr.	Bezeichnung	Änderung
1007	Diethyl[[3,5-bis(1,1-dimethylethyl)-4-hydroxyphenyl]methyl]phosphonat	Ausweitung der bestehenden Zulassung für PET auf die Herstellung von Polyethylen-2,5-furandicarboxylat (PEF).
1059	Poly((R)-3-hydroxybutyrat-co-(R)-3-hydroxyhexanoat)	Präzision der maximalzulässigen Verwendungstemperatur unter Verweis auf Anhang V Nummer 2.1.4 Buchstabe d.
1076	Phosphorsäure, Triphenylester, Polymer mit Alpha-hydro-omega-hydroxypoly[oxy(methyl-1,2-ethandiyl)], C10–16 Alkylester	Ergänzung der Verwendungsbeschränkung um: (b) als Zusatzstoff mit einem Massenanteil von bis zu 0,025 % in Acrylnitril-Butadien-Styrol-Materialien (ABS) zur Verwendung bei höchstens Raumtemperatur.

Änderung Verordnung (EU) Nr. 10/2011



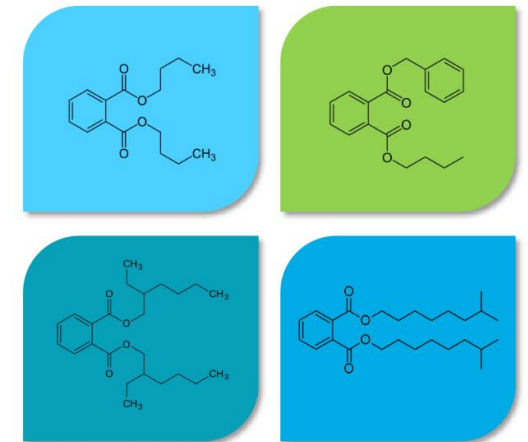
- Außerdem gab es neue Gruppenbeschränkungen
- Neue **Gruppenbeschränkungen, SML(T)**
 - **Phthalate Nr. 36** (FCM 157, 159, 283, 1085) = 0,6 mg/kg. Summe aus DBP, DIBP, BBP und Phthalsäure, DEHP, Berechnet als DEHP-Äquivalente unter Verwendung der Gleichung: $DBP \times 5 + DIBP \times 4 + BBP \times 0,1 + DEHP \times 1$
 - **Triethanolamin Nr. 37** (FCM 793, 1080) = 0,05 mg/kg. Berechnet als Summe von Triethanolamin und des Hydrochlorid-Addukts, berechnet als Triethanolamin
 - **Perchlorate Nr. 38** (FCM 822, 1080) = 0,0002 mg/kg. Berechnet als Perchlorat — es gilt Hinweis 4 aus Tabelle 3“
- Es wurden spezifische Migrationsgrenzwerte (für bestimmte Phthalat-Weichmacher) abgesenkt (SML) , Gruppenbeschränkungsnummern, Beschränkungen und Spezifikationen geändert.

Änderung Verordnung (EU) Nr. 10/2011



- Änderung der Migrationswerte für Phthalate

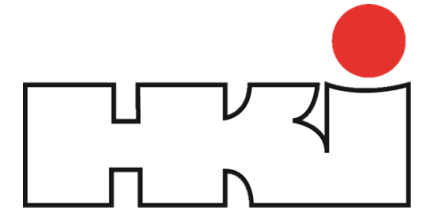
FCM-Stoff-Nr.	Stoff	Neu	Vorheriger Grenzwert
157	Dibuthylphthalat (DBP) CAS 000008-4-74-2	SML= 0,12mg/kg	SML= 0,3 mg/kg
159	Benzylbutylphthalat (BBP), CAS 000008-5-68-7	SML= 6 mg/kg	SML= 30 mg/kg
283	Bis(2-ethylhexyl)phthalat (DEHP), CAS 000011-7-81-7	SML= 0,6 mg/kg	SML= 1,2 mg/kg
728	Diisononylphthalat (DINP) CAS 006851-5-48-0 bzw. 002855-3-12-0	SML(T)= 1,8 mg/kg	SML(T)= 9 mg/kg



Quelle: Institut Kirchhoff Berlin

Details unter <https://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2011:012:0001:0089:DE:PDF>

SML - spezifischer Migrationswert



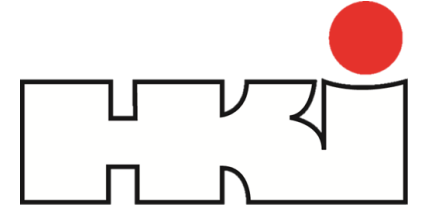
RICHTLINIE DES RATES

vom 15. Oktober 1984

zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Keramikgegenstände, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen

(84/500/EWG)

Geplante Überarbeitung der Keramikrichtlinie



Überarbeitung der Keramikrichtlinie

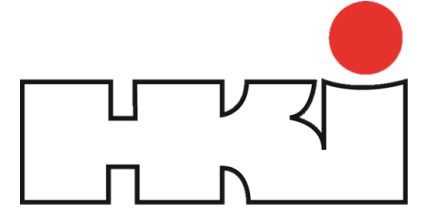
- Überarbeitung der Keramikrichtlinie 84/500 EGW war von der Kommission geplant

Punkte für die Überarbeitung:

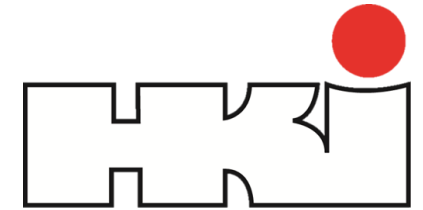
- die SMLs für Cadmium und Blei entsprechen nicht mehr der ‚aktuellen‘ Risikobewertung; eine Absenkung der SMLs ist erforderlich.
- Aufnahme weiterer Metalle (Al, As, Ba, Co, Cr, Ni)?
- Emaille? (Kristall-) Glas?
- Traditionell/handwerklich hergestellte Produkte?

SML - spezifischer Migrationswert

Überarbeitung der Keramikrichtlinie



- Bisherige wesentliche Schritte waren u.a.
 - ‚Inception Impact Assessment‘ (Roadmap): Mai – Juni 2019,
 - Folgenabschätzung - Datensammlung über die Auswirkungen verschiedener möglicher Regelungsoptionen: Januar – August 2021
 - nur wenige Antworten, v.a. hinsichtlich trad./handwerkliche Produkte,
 - Antworten nicht so aussagekräftig wie erhofft,
 - keine (ausreichende) Befassung mit möglichen Erleichterungen.
- Überarbeitung wurde erstmal verschoben
- Laut BMEL ist davon auszugehen, dass eine Überarbeitung erst im Rahmen der Überarbeitung des EU-FCM-Rechtes erfolgen wird.



28.3.2008

DE

Amtsblatt der Europäischen Union

L 86/9

VERORDNUNG (EG) Nr. 282/2008 DER KOMMISSION

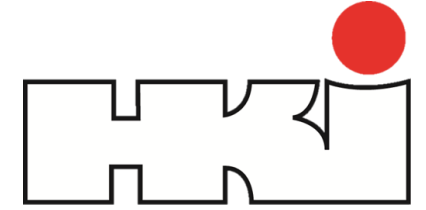
vom 27. März 2008

über Materialien und Gegenstände aus recyceltem Kunststoff, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen, und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2023/2006

(Text von Bedeutung für den EWR)

Änderungen beim FCM Kunststoff-Recycling

Änderungen beim FCM-Kunststoff-Recycling

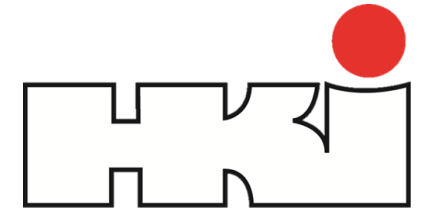


- Änderung der Verordnung (EG) Nr. 282/2008,
- Am 20. September 2022 wurde die Verordnung (EU) 2022/1616 über Materialien und Gegenstände aus recyceltem Kunststoff, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen, veröffentlicht.
- Die Verordnung ist am 10. Oktober 2022 in Kraft getreten.
- Die Verordnung sieht eine Zulassungspflicht für Recycling-Technologien vor.
- **Für neue Technologien zum FCM-Kunststoff-Recycling ist**
 - **eine Notifizierung,**
 - **die Veröffentlichung eines Erstberichtes zur Sicherheit der Technologie und**
 - **ein umfassendes Monitoring vorgesehen.**

Änderung FCM-Kunststoff-Recycling

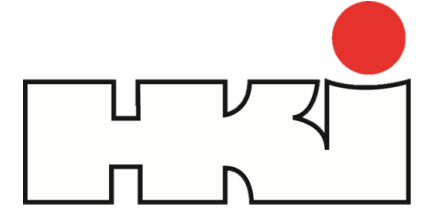
- Nach Vorliegen ausreichender Daten soll eine Bewertung durch die EFSA mit einer anschließenden Zulassung der Technologie durch die EU-Kommission erfolgen.
- Die bereits durch die EFSA nach der Vorgängerverordnung bewerteten mechanischen Recyclingverfahren erhalten eine Zulassung und dürfen weiterhin verwendet werden.
- Informationen zur Verordnung (EU) 2022/1616 unter https://food.ec.europa.eu/safety/chemical-safety/food-contact-materials/plastic-recycling_en





„Regelungen für Druckfarben – Übergangsfrist“

Regelung zu Druckfarben: Änderung der Bedarfsgegenständeverordnung



- Aufgrund fehlender spezifischer EU-Regelung wurde vom BMEL im Dez. 2021 die 21. Verordnung zur Änderung der Bedarfsgegenstände erlassen
- Enthält Regelungen für bedruckte Lebensmittelbedarfsgegenstände erlassen
 - Gilt für bedruckte Lebensmittelbedarfsgegenstände allgemein (nicht nur Verpackungen, auch Servietten etc.)
- enthält eine Positivliste der in Druckfarben für Lebensmittelbedarfsgegenstände zulässigen Stoffe in Anlage 14
- Basis ist die Risikobewertung des Bundesamtes für Risikobewertung (BfR)

- 4 -

Verordnung des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

Einundzwanzigste Verordnung zur Änderung der Bedarfsgegenständeverordnung¹⁾

Vom ...

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft verordnet auf Grund

des § 31 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Juni 2013 (BGBl. I S. 1426) sowie

des § 32 Absatz 1 Nummer 1, 2, 4 Buchstabe b und Nummer 5, auch in Verbindung mit § 4 Absatz 2 Nummer 2, des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Juni 2013 (BGBl. I S. 1426), von denen § 32 Absatz 1 durch Artikel 67 Nummer 6 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie:

Artikel 1

Änderung der Bedarfsgegenständeverordnung

Die Bedarfsgegenständeverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Dezember 1997 (BGBl. 1998 I S. 5), die zuletzt durch Artikel 2 Absatz 1 des Gesetzes vom 15. Februar 2016 (BGBl. I S. 198) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 2 wird wie folgt geändert:

a) In Nummer 6 wird der Punkt am Ende durch ein Semikolon ersetzt.

b) Die folgenden Nummern 7 bis 13 werden angefügt:

„7. Druckfarben: Druckfarben oder Drucklacke, die in einem Druck- oder Lackierverfahren auf Lebensmittelbedarfsgegenstände aufgetragen werden;

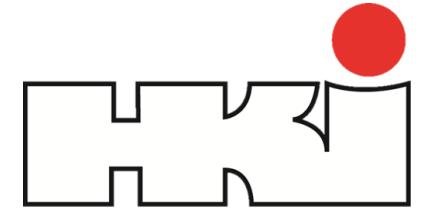
8. bedruckte Lebensmittelbedarfsgegenstände: Lebensmittelbedarfsgegenstände, die unter Verwendung von Druckfarben hergestellt sind;

9. Nanomaterialien: Materialien in Druckfarben,

a) die natürlichen Ursprungs sind, bei Herstellungsprozessen anfallen oder gezielt hergestellt werden,

b) die Partikel in ungebindenem Zustand, als Aggregat oder als Agglomerat enthalten und

Regelung zu Druckfarben: Änderung der Bedarfsgegenständeverordnung



- spezifische Migrationsgrenzwerte, Spezifikationen und Beschränkungen wurden aufgenommen
- unbewertete Stoffe sind verwendbar, sofern kein Übergang (Nachweisgrenze 0,01 mg/kg) und kein Direktkontakt der Bedruckung mit Lebensmitteln erfolgt;
- Verkündet im Bundesgesetzblatt am 7. Dezember 2021
- Übergangsfrist 4 Jahre, d. h. anwendbar ab 1. Januar 2026
- Beim BMEL gibt es bereits eine Sammlung von Stoffen, die in den Anhang 14 aufgenommen werden sollen

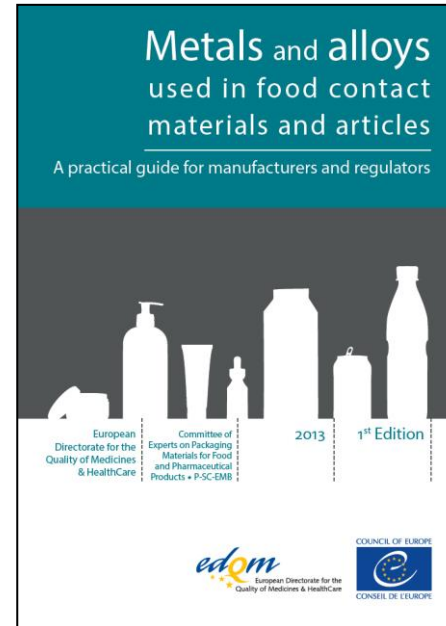
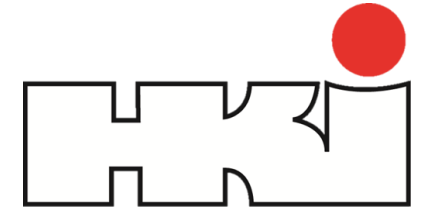
https://www.bmel.de/DE/themen/verbraucherschutz/lebensmittelsicherheit/lebensmittelverpackungen/lebensmittelverpackungen_node.html#doc19150bodyText2

Gibt es schon weitere Stoffe für die Aufnahme auf die Liste? ^

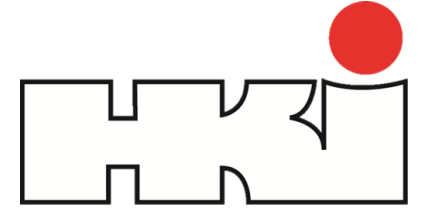
Folgende Stoffe sind bereits im Rahmen einer Änderungsverordnung zur Aufnahme in die Stoffliste vorgesehen:

Anlage 14, Tabelle 1 BedGstV:

Bezeichnung des Stoffes	CAS-Nr.	Verwendungszweck	SMG [mg/kg]	Andere Beschränkungen, Spezifikationen und Reinheitsanforderungen
Tri-n-butylammonium-borodisalicylat	0022450-96-0	Additiv	NN	SMG berechnet als Tributylamin. Nur für die Verwendung auf der vom Lebensmittel abgewandten Seite. Nur zur Verwendung hinter einer PET-Schicht. Die Migration der Summe der Substanz und ihres Dissoziationsproduktes Tributylamin darf nicht nachweisbar sein.
Wachse und wachsartige Substanzen, Reiskleie, oxidiert	1883583-80-9	Additiv	5	Nur für die Verwendung auf der vom Lebensmittel abgewandten Seite. Nur zur Verwendung für Gegenstände für den Kontakt mit trockenen Lebensmitteln. Nur zur Verwendung bei Raumtemperatur.

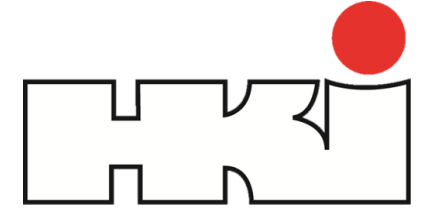


Überarbeitung des Leitfadens für Metalle und Legierungen



Änderung Technical Guide Metalle

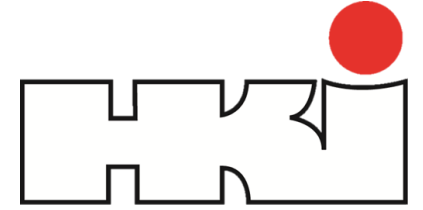
- Die erste Ausgabe des technischen Leitfadens „Metalle und Legierungen, die in Lebensmittelkontaktmaterialien und -artikeln verwendet werden“ (2013) vom [European Committee for Food Contact Materials and Articles \(Partial Agreement\) \(CD-P-MCA\)](#) befindet sich in der Überarbeitung.
- Eine Konsultation im Rahmen der Überarbeitung fand im Frühjahr 2022 statt.
- Aktuell finden noch letzte Arbeiten an dem Leitfaden statt.
- Die Veröffentlichung der 2.Fassung wird voraussichtlich noch in diesem Jahr erfolgen.



Änderung Technical Guide Metalle

Der Ankündigung zufolge beinhaltet die 2. Auflage folgende Aktualisierungen:

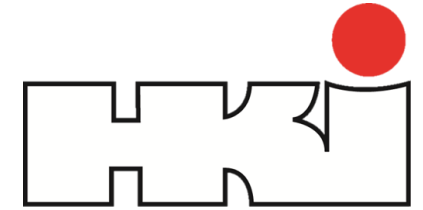
- Qualitätsanforderungen und Verwendungsempfehlungen;
- ein neuer Abschnitt über Zirkonium;
- Verbesserungen bei den Freisetzungstests (release test);
- Verbesserungen bei der Angabe der Unsicherheit bei Messungen
- Angleichung an die Leitprinzipien der [Resolution des Europarats zur Sicherheit und Qualität von Materialien und Gegenständen, die mit Lebensmitteln in Berührung kommen](#) (Resolution CM/Res(2020));
- Streichung Kapitel „Konformitätserklärung“, da von den Guidelines Principles der Resolution CM/Res(2020) abgedeckt.



Änderung Technical Guide Metalle

Kapitel 3 enthält die Berechnung der spezifischen Freigabegrenzen

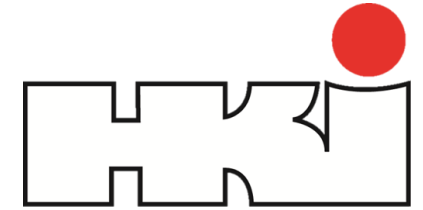
- Für Materialien oder Gegenstände, die für einen wiederholten Kontakt mit Lebensmitteln vorgesehen sind, müssen die Freigabeprüfung(en) 3mal hintereinander durchgeführt werden.
- Die Konformität wird anhand der Ergebnisse des dritten Tests festgestellt.
 - Der Passivierungsprozess (Bildung schützender Oxidschicht durch den Sauerstoff der Luft) einiger Legierungen oder Metalle wird berücksichtigt.
- Die Summe der Ergebnisse des ersten und zweiten Tests darf das 7-fache der spezifischen Freigabegrenze nicht überschreiten
$$\text{Summe Ergebnis 1. Test} + \text{Ergebnis 2. Test} \leq 7 \times \text{SRL}$$
- Diese Exposition entspricht der täglichen Nutzung für eine Woche.



Änderung Technical Guide Metalle

- Anpassungen von tolerierbaren täglichen Aufnahmemengen (Tolerable Daily Intakes - TDI) und spezifischer Freisetzungsgrenzwerte (Specific Release Limits - SRL);

Stoff	Neue Vorgaben	SRL
Mangan (Mn)	Neuer Bezug sind nun Kleinkinder.	0.55 mg/kg
Silber (Ag)		0.08 mg/kg
Aluminium (Al)	Sichtbare Kennzeichnung von Aluminium ohne Schutzbeschichtung für Verbraucher. Bsp. Kennzeichnung: durchgestrichene Zitrone & Salzstreuer mit dem Hinweis „nicht nutzen mit...“ sein.	5 mg/kg
Cadmium (Cd)	Orientierung Grenzwert an Richtlinie 2020/2184.	0.005 mg/kg
Eisen (Fe)	ALARA-Vorgehen, da keine toxikologisch abgeleitete Obergrenze identifiziert werden konnte.	40 mg/kg
Chrom (Cr)	Chrom in Lebensmitteln ist laut EFSA nur Cr(III), daher gibt es nur für Cr(III) einen neuen Wert. Für Cr(VI) werden keine SRL aktualisiert.	Cr(III) 1 mg/kg
Zirkonium (Zr)	Neu	2 mg/kg
Antimon (Sb)	Kann als Verunreinigung in Al vorkommen	0.04 mg/kg
Kobalt (Co)	Nutzung in hochfesten Legierungen	0.02 mg/kg
Nickel (Ni)		0.14 mg/kg
Zinn (Sn)		100 mg/kg
Vanadium (V)	Keine Daten zu release vorhanden.	0.01 mg/k
Molybdän (Mo)	Kinder nicht berücksichtigt; Grenzwert v.a. durch neue Daten aus zwei Staaten geändert (Staaten werden nicht genannt)	0.12 mg/kg
Zink (Zn)		5 mg/kg



Bearbeitungsstand: 05.09.2023 13:37

**Referentenentwurf des Bundesministeriums für Ernährung
und Landwirtschaft**

Zweiundzwanzigste Verordnung zur Änderung der Bedarfsgegenständeverordnung¹⁾

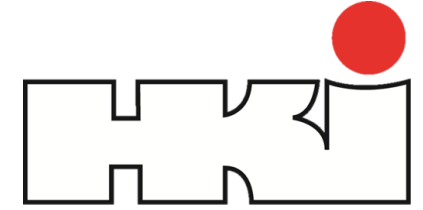
Vom ...2023

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft verordnet auf Grund

- des § 46 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 Buchstabe b und Nummer 6 in Verbindung mit Satz 3 Nummer 1, sowie des § 62 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe a des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. September 2021 (BGBl. I S. 4253) sowie
- des § 31 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. September 2021 (BGBl. I S. 4253) in Verbindung mit § 1 Absatz 2 des Zuständigkeitsanpassungsgesetzes vom 16. August 2002 (BGBl. I S. 3165) und dem Organisationserlass vom 8. Dezember 2021 (BGBl. I S. 5176) im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz:

Anzeigeverordnung für Lebensmittelbedarfsgegenstände

(22. Verordnung zur Änderung der Bedarfsgegenständeverordnung)



Hintergrund

- Die Vorgaben der VO (EU) 2017/625 über amtliche Kontrollen in der Anwendung des Lebens- und Futtermittelrechts sind national umzusetzen

Artikel 1

Gegenstand und Anwendungsbereich

(2) Diese Verordnung gilt für die amtlichen Kontrollen, mit denen die Einhaltung der Vorschriften überprüft werden soll, die entweder auf Unionsebene oder von den Mitgliedstaaten zur Anwendung von Unionsrecht in diesen Bereichen erlassen wurden:

- a) Lebensmittel und Lebensmittelsicherheit, Lauterkeit und gesundheitliche Unbedenklichkeit auf allen Stufen der Produktion, der Verarbeitung und des Vertriebs von Lebensmitteln, darunter Vorschriften zur Gewährleistung fairer Handelspraktiken und über den Schutz der Interessen und der Information der Verbraucher, sowie Vorschriften über die Herstellung und Verwendung von Materialien und Gegenständen, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen;

Artikel 15

Pflichten der Unternehmer

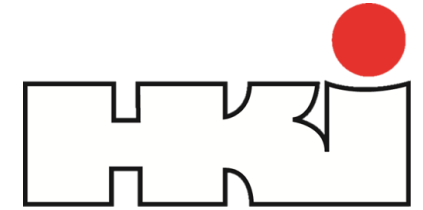
(5) Für die Zwecke des Artikels 10 Absatz 2 und vorbehaltlich des Artikels 10 Absatz 3 stellen die Unternehmer den zuständigen Behörden **zumindest die folgenden aktualisierten Angaben** zur Verfügung:

- a) ihren Namen und ihre Rechtsform und
- b) ihre spezifischen Tätigkeiten, einschließlich der im Wege der Fernkommunikation durchgeführten Tätigkeiten, und die Orte unter ihrer Verantwortung.

Artikel 10

Der amtlichen Kontrolle unterliegende Unternehmer, Prozesse und Tätigkeiten

(2) Unbeschadet der Vorschriften für bestehende Listen oder Register, die auf der Grundlage der Vorschriften gemäß Artikel 1 Absatz 2 erstellt wurden, erstellen die zuständigen Behörden **eine Liste von Unternehmern und halten sie auf dem neuesten Stand**. Derartige Listen und Register, die bereits für andere Zwecke erstellt wurden, können auch für die Zwecke dieser Verordnung verwendet werden.



Bearbeitungsstand: 05.09.2023 13:37

Aktueller Stand I

- Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) befasst sich mit der Änderung der Bedarfsgegenständeverordnung (in der 22. Verordnung zur Änderung der Bedarfsgegenständeverordnung)
- Ziel: Umsetzung und Erfüllung der Vorgaben der der VO (EU) 2017/625
- Es werden nationale Listen von Unternehmen und Inverkehrbringern von Lebensmittelbedarfsgegenständen durch die nationalen Behörden erstellt

Referentenentwurf des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

Zweieundzwanzigste Verordnung zur Änderung der Bedarfsgegenständeverordnung¹⁾

Vom ...2023

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft verordnet auf Grund

- des § 46 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 Buchstabe b und Nummer 6 in Verbindung mit Satz 3 Nummer 1, sowie des § 62 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe a des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. September 2021 (BGBl. I S. 4253) sowie
- des § 31 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. September 2021 (BGBl. I S. 4253) in Verbindung mit § 1 Absatz 2 des Zuständigkeitsanpassungsgesetzes vom 16. August 2002 (BGBl. I S. 3165) und dem Organisationserlass vom 8. Dezember 2021 (BGBl. I S. 5176) im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz:

Artikel 1

Änderung der Bedarfsgegenständeverordnung

Die Bedarfsgegenständeverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Dezember 1997 (BGBl. 1998 I S. 5), die zuletzt durch Artikel 4 Absatz 3 der Verordnung vom 20. Juni 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 159) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

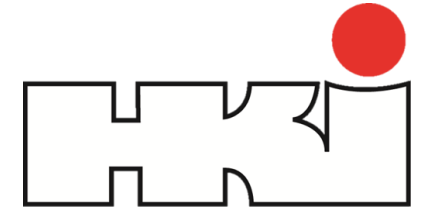
1. Nach § 2 wird folgender § 2a eingefügt:

„§ 2a

Anzeige

(1) Unternehmer, die Lebensmittelbedarfsgegenstände als Fertigerzeugnis herstellen, behandeln oder in den Verkehr bringen, haben dies spätestens bei Aufnahme der Tätigkeit gemäß Absatz 2 der für den jeweiligen Betrieb zuständigen Behörde anzuzeigen. Satz 1 gilt nicht für Lebensmittelunternehmer, die Lebensmittelbedarfsgegenstände herstellen, behandeln oder in den Verkehr bringen, sofern der jeweilige Betrieb bereits nach Artikel 6 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 852/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 über Lebensmittelhygiene (ABl. L 139 vom 30.4.2004, S. 1; L 226 vom 25.6.2004, S. 3; L 46 vom 21.2.2008, S. 51; L 58 vom 3.3.2009, S. 3), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2021/382 geändert worden ist, von der zuständigen Behörde registriert worden ist. Die Ausnahme nach Satz 2 gilt

¹⁾ Notifiziert gemäß der Richtlinie (EU) 2015/1535 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. September 2015 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft (ABl. L 241 vom 17.9.2015, S. 1).



Bearbeitungsstand: 05.09.2023 13:37

Aktueller Stand II

- Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) hat am 6. September 2023 in Abstimmung mit den betroffenen Bundesressorts den Entwurf der Anzeigeverordnung in das **Notifizierungsverfahren** nach der Richtlinie (EU) 2015/1535 gegeben.
- Der notifizierte Verordnungsentwurf ist unter <https://technical-regulation-information-system.ec.europa.eu/de/notification/24621> zu finden

Referentenentwurf des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

Zweiundzwanzigste Verordnung zur Änderung der Bedarfsgegenständeverordnung¹⁾

Vom ...2023

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft verordnet auf Grund

- des § 46 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 Buchstabe b und Nummer 6 in Verbindung mit Satz 3 Nummer 1, sowie des § 62 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe a des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. September 2021 (BGBl. I S. 4253) sowie
- des § 31 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. September 2021 (BGBl. I S. 4253) in Verbindung mit § 1 Absatz 2 des Zuständigkeitsanpassungsgesetzes vom 16. August 2002 (BGBl. I S. 3165) und dem Organisationserlass vom 8. Dezember 2021 (BGBl. I S. 5176) im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz:

Artikel 1

Änderung der Bedarfsgegenständeverordnung

Die Bedarfsgegenständeverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Dezember 1997 (BGBl. 1998 I S. 5), die zuletzt durch Artikel 4 Absatz 3 der Verordnung vom 20. Juni 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 159) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Nach § 2 wird folgender § 2a eingefügt:

§ 2a

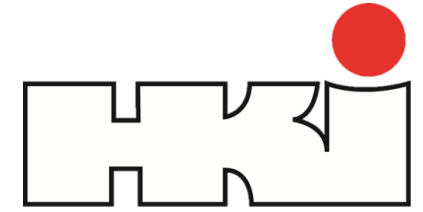
Anzeige

(1) Unternehmer, die Lebensmittelbedarfsgegenstände als Fertigerzeugnis herstellen, behandeln oder in den Verkehr bringen, haben dies spätestens bei Aufnahme der Tätigkeit gemäß Absatz 2 der für den jeweiligen Betrieb zuständigen Behörde anzuzeigen. Satz 1 gilt nicht für Lebensmittelunternehmer, die Lebensmittelbedarfsgegenstände herstellen, behandeln oder in den Verkehr bringen, sofern der jeweilige Betrieb bereits nach Artikel 6 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 852/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 über Lebensmittelhygiene (ABl. L 139 vom 30.4.2004, S. 1; L 226 vom 25.6.2004, S. 3; L 46 vom 21.2.2008, S. 51; L 58 vom 3.3.2009, S. 3), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2021/382 geändert worden ist, von der zuständigen Behörde registriert worden ist. Die Ausnahme nach Satz 2 gilt

*Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 über amtliche Kontrollen und andere amtliche Tätigkeiten zur Gewährleistung der Anwendung des Lebensmittel- und Futtermittelrechts und der Vorschriften über Tiergesundheit und Tierschutz, Pflanzengesundheit und Pflanzenschutzmittel

** Lebensmittel-, Bedarfsgegenstände- und Futtermittelgesetzbuch

¹⁾ Notifiziert gemäß der Richtlinie (EU) 2015/1535 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. September 2015 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft (ABl. L 241 vom 17.9.2015, S. 1).



Zeitliche Umsetzung

22. Verordnung der Änderung der Bedarfsgegenständeverordnung

EU-Verordnung
2017/625
03/2017

08/2022
überarbeiteter
Referentenentwurf

Notifizierung des
Entwurfs
05.09.2023

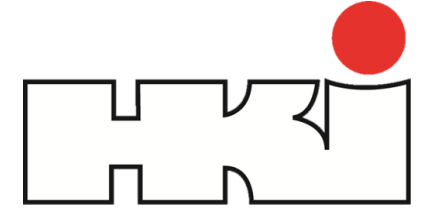
Veröffentlichung
?



12/2021
Referentenentwurf

05/2023 weiterer
Entwurf

Ende der Stillhaltefrist
07.12.2023

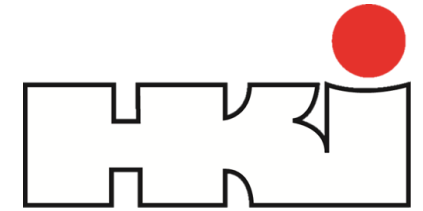


Anzeigespflicht

- *Zunächst war vorgesehen, dass **Unternehmen jedweder Stufe der Herstellung, der Verarbeitung und des Vertriebs** von Materialien und Gegenständen einer Anzeigespflicht unterliegen*
 - Jetzt Eingrenzung des Anwendungsbereichs **auf Unternehmer, die Lebensmittelbedarfsgegenstände als Fertigerzeugnis herstellen, behandeln oder in den Verkehr bringen.**
- Im Scope: Jedes Unternehmen, das in Deutschland Lebensmittelbedarfsgegenstände herstellt, behandelt oder in Verkehr bringt
 - Muss bei der zuständigen Behörde eine Meldung abgeben

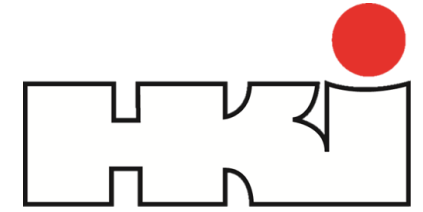
Umsetzung

- Zuständige Behörde = jeweilige Landesbehörde
 - Die Meldung muss in jedem Bundesland erfolgen, wenn man dort Erzeugnisse mit FCM erstmalig in Verkehr bringt
 - Entscheidend ist der Ort des erstmaligen Inverkehrbringens, dort muss die Meldung zu erfolgen
 - Orte bei Direktverkauf oder Niederlassung sind auch relevant
- Inkrafttreten: nach dem Inkrafttreten haben Unternehmen 6 Monate Zeit in der die Registrierung erfolgen muss
- In der Meldung muss die Angabe der Materialien erfolgen: Nennung der Übergruppen aus Anhang I 1935/2004/EG



1. Aktive und intelligente Materialien und Gegenstände
2. Klebstoffe
3. Keramik
4. Kork
5. Gummi
6. Glas
7. Ionenaustauscherharze
8. Metalle und Legierungen
9. Papier und Karton
10. Kunststoffe
11. Druckfarben
12. Regenerierte Cellulose
13. Silikone
14. Textilien
15. Lacke und Beschichtungen
16. Wachse
17. Holz

Beispiel für eine Meldung bei den Behörden

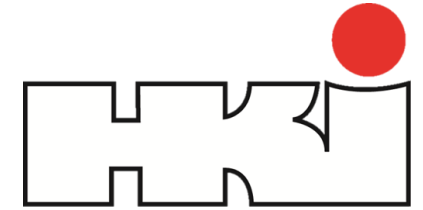


- Es ist eine einheitliche „Übermittlungsweise“ für die Registrierung geplant
- Ein Meldeformular liegt bisher noch nicht vor

(2) Die Anzeige nach Absatz 1 Satz 1 muss die folgenden Angaben umfassen:

1. den Namen, die Anschrift und die Rechtsform des mit dem Herstellen, Behandeln oder Inverkehrbringen befassten Unternehmens, **FCM-C GmbH (Betrieb XY, Straße XX PLZ Ort)**
2. die Bezeichnung und die Anschrift des jeweiligen **Verantwortliche Person**
3. die Art der Tätigkeit des anzeigenden Unternehmens der Fernkommunikation durchgeführten Tätigkeit **Hersteller von Lebensmittelbedarfsgegenständen aus Keramik und Metall**
4. die Gruppe der Materialien und Gegenstände nach Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 1935/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Oktober 2004 über Materialien und Gegenstände, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen und zur Aufhebung der Richtlinien 80/590/EWG und 89/109/EWG (ABl. L 338 vom 13.11.2004, S. 4), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2019/1381 (ABl. L 231 vom 6.9.2019, S. 1) geändert worden ist, die den Hauptbestandteil der hergestellten, behandelten oder in den Verkehr gebrachten Lebensmittelbedarfsgegenstände darstellt.

Quelle: ZVEI



European Commission

Webinar on an EU ban on the use of bisphenol A (BPA) in food contact materials (FCMs)

Tuesday 18 July 2023
10h – 11h30 CEST

DG SANTE Unit E2
European Commission



EN English Calendar

About Newsroom Topics Resources **Publications** Applications Engage Ca

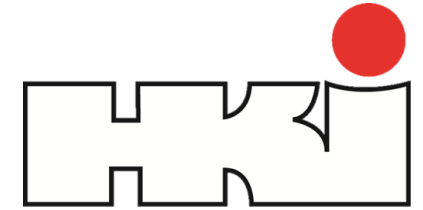
[Home](#) / [Publications](#) / PLS: Re-evaluation of the risks to public health related to the presence of bisphenol A (BPA) in fo...

PLS: Re-evaluation of the risks to public health related to the presence of bisphenol A (BPA) in foodstuffs

Published date: 19 April 2023

Geplantes Verbot von Bisphenol A (BPA) in Lebensmittelkontaktmaterialien

Verbot von BPA in Lebensmittelkontaktmaterialien



- EU-Kommission plant ein Verbot für alle Materialien und Gegenstände mit Lebensmittelkontakt, die unter Verwendung von Bisphenol A (BPA) hergestellt werden.
- Webinar der EU Kommission hatte am 18. Juli 2023 stattgefunden
- Das geplante Verbot zielt auf die absichtliche Verwendung von Bisphenol A (BPA) in Lebensmittelkontaktmaterialien ab.
- Informationen unter nachfolgendem Link:
https://food.ec.europa.eu/safety/chemical-safety/food-contact-materials/consultation-process_en#stakeholder-webinar
- Ein Q&A Dokument zum geplanten Verbot ist verfügbar unter
https://food.ec.europa.eu/system/files/2023-08/cs_fcm_wg_20230804_qandas.pdf



DISCLAIMER

This note provides answers to common questions which the Commission has received in the context of the development of a measure regarding bisphenol A (BPA) in food contact materials (FCMs). The Commission has not currently made any formal proposals on this matter but is presently determining how to best approach it. The following is to be taken into account when using the information provided in this note:

- The note is intended to supplement a presentation on the topic given by the Commission services during a live webinar on 18 July 2023⁽¹⁾. Its purpose is to provide more clarity on some points raised by stakeholders during the webinar and reflects the Commission services' intention at the time of publication. The answers may be subject to change depending on further discussions with Member States and information received from stakeholders.
- It is intended to facilitate discussion and understanding of the matters presented and has not been adopted or endorsed by the Commission. It does not represent a final position and does not commit the Commission. The Commission accepts no responsibility for the accuracy of any data or information contained in this note. Only the court of justice of the European Union is competent to authoritatively interpret Union law.

4 August 2023

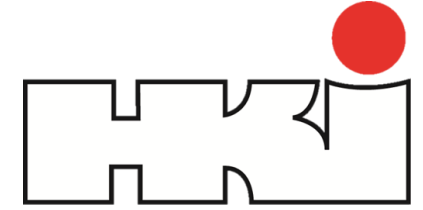
Questions and answers (Q&A) concerning the risk management approach for bisphenol A (BPA) and other bisphenols in food contact materials (FCMs)

CONTENTS

Background.....	2
Scope	3
Incidental presence of BPA in FCMs.....	4
Replacement of BPA and other bisphenols.....	6
Transitional measures and application of the measure.....	7
Timeframe for introduction of an EU measure	9

⁽¹⁾ https://food.ec.europa.eu/system/files/2023-07/cs_fcm_wg_20230718_pres.pdf

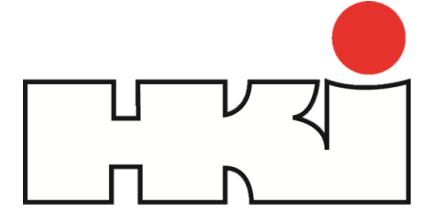
Verbot von BPA in Lebensmittelkontaktmaterialien



- Ziel ist eine harmonisierte europäische Regelung für alle Mitgliedstaaten.
- Die EU-Kommission begründet das Verbot mit der Neubewertung der Sicherheit von Bisphenol A (BPA) durch die EFSA.
- Im April 2023 veröffentlichte die EFSA eine Neubewertung der Sicherheit von BPA unter <https://www.efsa.europa.eu/de/topics/topic/bisphenol>.
 - Auf Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse haben die Sachverständigen der EFSA einen TDI-Wert auf 0,2 Nanogramm (0,2 Milliardstel eines Gramms) pro kg Körpergewicht pro Tag festgelegt.
 - Bisherig lag der vorläufige Wert bei 4 µg (4 Millionstel eines Gramms) pro kg Körpergewicht pro Tag.
 - Der TDI-Wert ist damit etwa 20.000 Mal niedriger als zuvor.

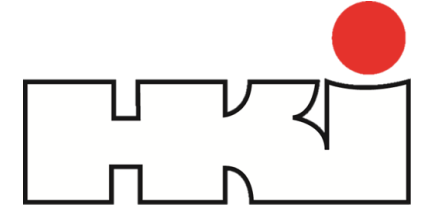
TDI – „Tolerable Daily Intake“ ist die tolerierbare tägliche Aufnahmemengen für Stoffe
Es handelt es sich um die Menge, die im Laufe eines Lebens täglich aufgenommen werden kann, ohne dass ein nennenswertes Gesundheitsrisiko besteht.

Verbot von BPA in Lebensmittelkontaktmaterialien



- Es kann Überwachungs- und Meldepflichten zur Ergänzung des Verbots geben.
- Das Verbot sieht keine "Rücknahme oder Entfernung" von bereits in Verkehr gebrachtem FCM vor.
- Vorgesehen ist eine Übergangsfrist von 18 Monaten ab dem Datum des Inkrafttretens der Maßnahme.
- Das Inkrafttreten könnte laut Kommission in 2024 erfolgen, der Anwendungsbeginn läge dann Ende 2025/Anfang 2026. (Info Sommer 2023)
- Notwendige längere Übergangsfristen für spezifische Anwendungen mit Lebensmittelkontakt sollten mit Begründungen und Daten an die EU-Kommission bis zum 15.09.2023 mitgeteilt werden.
- Der Entwurf wurde für Herbst 2023 angekündigt

Verbot von BPA in Lebensmittelkontaktmaterialien



- Andere Bisphenole wie Bisphenol S (BPS) sollten laut EU-Kommission aufgrund der CLP-Einstufung Repr. 1B (Reproduktionstoxizität) nicht als Ersatz für BPA dienen.
- Es gibt ein Beschränkungsverfahren unter REACH für Bisphenol A (BPA) und andere Bisphenole mit ähnlicher Besorgnis für die Umwelt
- Das vorgesehene Verbot in Lebensmittelkontaktmaterialien kann daher auch andere Bisphenole betreffen.
- Ein Entwurf, angekündigt für Herbst 2023, liegt noch nicht vor.

Bisphenol A (BPA) - 4,4'-isopropylidenediphenol

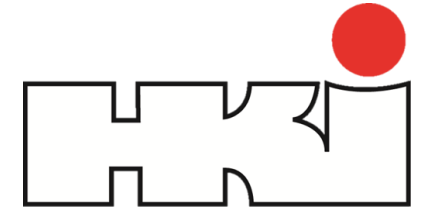
Bisphenol B (BPB) - 4,4'-(1-methylpropylidene)bisphenol

Bisphenol S (BPS) - 4,4'-sulphonyldiphenol

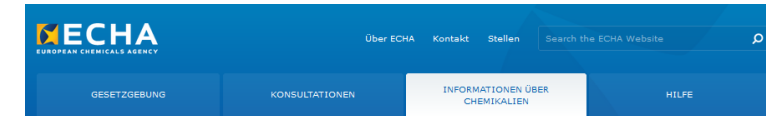
Bisphenol F (BPF) - 4,4'-methylenediphenol

Bisphenol AF (BPAF) - 4,4'-[2,2,2-trifluoro-1-(trifluoromethyl)ethylidene]diphenol

Info zum BPA Beschränkungs-vorschlag unter REACH



- Im Juni 2023 endete die sechsmonatige öffentliche Konsultation zum Beschränkungs-vorschlag für Bisphenol A und weitere Bisphenole mit ähnlicher Besorgnis für die Umwelt.
- Die zuständigen deutschen Behörden sind aufgrund der in der Konsultation eingereichten Informationen zu dem Schluss gekommen, dass eine Überarbeitung des Dossiers in einem Maße notwendig ist.
- Beschränkungs-vorschlag wurde zurückgezogen, um eine umfassende Überarbeitung zu ermöglichen.



Registry of restriction intentions until outcome

The registry of restriction intentions until outcome lists the intentions and Annex XV restriction proposals received by ECHA.

A restriction proposal may be prepared by a Member State or by ECHA at the request of the Commission or on its own initiative for substances in the Authorisation List. It is a legal requirement for a Member State to notify ECHA of its intention to prepare a restriction dossier. The advance notice enables interested parties to plan and prepare for commenting later on.

Interested parties can follow the progress of a proposal through the restriction process, from the notification of the intention to the adoption of the final opinions by the Committee for Risk Assessment (RAC) and the Committee for Socio-economic Analysis (SEAC), and the adoption of the restriction by the European Commission.

Stakeholders are encouraged to submit any relevant information to the dossier submitters during the preparation of the restriction proposal and during the consultations. Information to motivate any exemptions to the scope described in the intention is particularly useful to receive in the preparatory phase of the dossier.

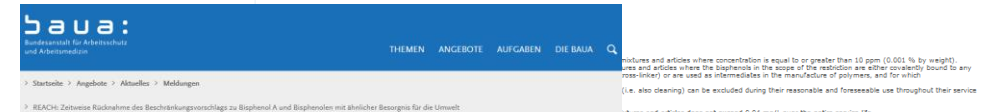
- SEE ALSO
- Submitted restrictions under consideration
 - Substances restricted under REACH
 - Support on restriction

See a problem or have feedback?

Bisphenols with endocrine disrupting properties for the environment and their salts

EC / List no: - CAS no: -

CLP Annex VI Index number: 604-030-00-0



REACH: Zeitweise Rücknahme des Beschränkungs-vorschlags zu Bisphenol A und Bisphenolen mit ähnlicher Besorgnis für die Umwelt

Umfassende Überarbeitung des Beschränkungs-dossiers notwendig

Bereits im Juni wurde das öffentliche Konsultationsverfahren für Bisphenol A und weitere Bisphenole mit ähnlicher Besorgnis für die Umwelt wurde Ende Juni abgeschlossen. Basierend auf den eingereichten Informationen sind die zuständigen deutschen Behörden zu dem Schluss gekommen, dass eine Überarbeitung des Dossiers in einem Maße notwendig ist, das das Mandat des derzeit laufenden Prüfprozesses durch die wissenschaftlichen Ausschüsse der Europäischen Chemikalienagentur (ECHA) übersteigt.

Datum: 30. August 2023

Die sechsmonatige öffentliche Konsultation zum Beschränkungs-vorschlag für Bisphenol A und weitere Bisphenole mit ähnlicher Besorgnis für die Umwelt wurde Ende Juni abgeschlossen. Basierend auf den eingereichten Informationen sind die zuständigen deutschen Behörden zu dem Schluss gekommen, dass eine Überarbeitung des Dossiers in einem Maße notwendig ist, das das Mandat des derzeit laufenden Prüfprozesses durch die wissenschaftlichen Ausschüsse der Europäischen Chemikalienagentur (ECHA) übersteigt.

Der Beschränkungs-vorschlag wurde daher zunächst zurückgezogen, um diese umfassende Überarbeitung zu ermöglichen. Eine erneute Einreichung des überarbeiteten Vorschlags (einschließlich Konsultation) wird über das Verzeichnis der Absichtserklärungen der ECHA angekündigt werden.

Weitere Details sind auf der [Informationseite](#) zum Bisphenole Beschränkungs-vorschlag verfügbar.

tures and articles where concentration is equal to or greater than 10 ppm (0.001 % by weight), and articles where the bisphenols in the scope of the restriction are either covalently bound to any resin-linker) or are used as intermediates in the manufacture of polymers, and for which (i.e. also cleaning) can be excluded during their reasonable and foreseeable use throughout their service

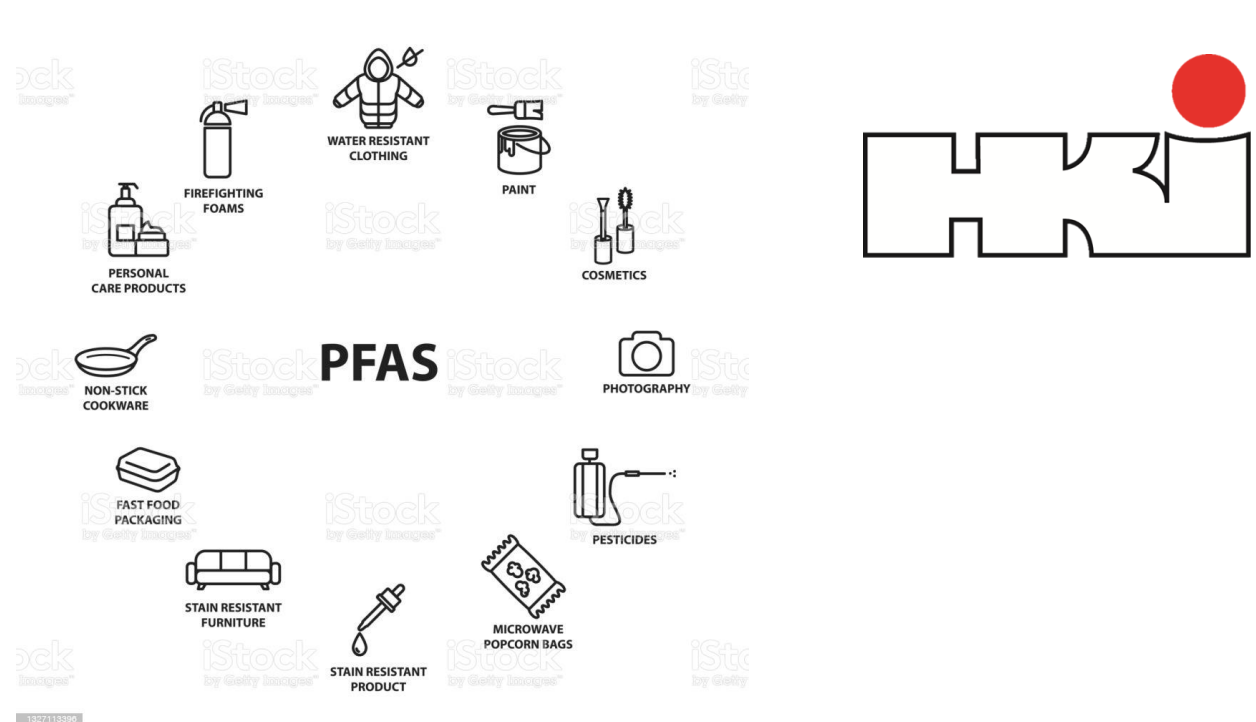
tures and articles does not exceed 0.04 mg/L over the entire service life.

environmental organisms. Continuous emission into surface water via wastewater treatment results in 1. To avoid negligible substitution of Bisphenol A, especially with regard to drop-in alternatives, it is of concern, including derivatives (i.e. those that exhibit similar concern for the environment based on properties for the environment). The restriction is seen as an emission reduction measure. This is associated with the substance(s). Continuous emission into the environment via waste treatment plant (e.g. near paper recycling) production plants and professional laundries. Traffic security systems often reduce leaching directly into the environment. Products containing BPA, indoor emissions and may be treatment plants. A restriction is proposed as a precaution to avoid measures from imported (with similar concern) have increasingly been used as substitutes for Bisphenol A. Taking into account the amount of Bisphenol A for e.g. a process decreases the amount of alternative bisphenols in scope of this restriction aims to also address bisphenols of similar concern for the environment.

tion will be announced through ECHA's Registry of restriction intentions.

dition on the dossier, Germany concluded that a revision of the proposal is necessary. The revision is 1 with within the boundaries of the current process.

the proposal. They intend to re-submit an updated proposal to ECHA once they have considered the using the consultation and reviewed the scope of the restriction.

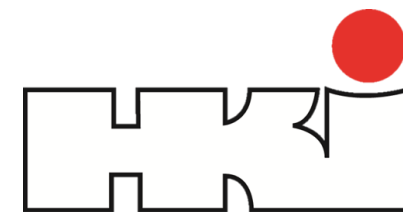


PFAS-Beschränkungen vorhaben unter REACH



Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit

Für eine schadstofffreie Umwelt



● Zentrale Maßnahmen in der Chemikalienstrategie

- **Verbot der schädlichsten Chemikalien in Verbraucherprodukten** – Verwendung nur gestattet, wenn sie unverzichtbar sind
- **Berücksichtigung des „Cocktail-Effekts“ von Chemikalien** bei der Risikobewertung
- **Schrittweise Einstellung der Verwendung von Per- und Polyfluoralkylsubstanzen (PFAS)** in der EU, sofern sie nicht unverzichtbar sind
- **Förderung der Investitions- und Innovationskapazitäten für die Herstellung und Verwendung von Chemikalien, die** während ihres gesamten Lebenszyklus **inhärent sicher und nachhaltig sind**
- **Förderung der Resilienz der Versorgung der EU** und der Nachhaltigkeit **kritischer Chemikalien**
- Einführung eines einfacheren **Verfahrens nach dem Prinzip „Ein Stoff, eine Bewertung“** für die Gefahren- und Risikobewertungen von Chemikalien
- **Übernahme einer Führungsrolle in der Welt**, indem hohe Standards gefördert und in der EU verbotene Chemikalien nicht ausgeführt werden

Herbst 2020

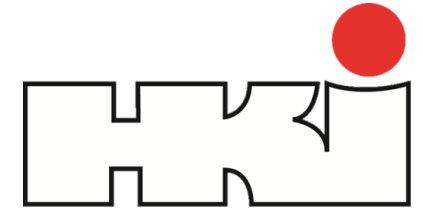


KH-02-20-859-DE-N

doi:10.2779/151325

0-76-23349-7

PFAS Beschränkungsvorschlag – möglicher Zeitverlauf



13. Januar 2023 -
Restriction proposal

Januar 2024-
Draft opinion der
REACH
Ausschüsse RAC
– SEAC

April/Mai 2024 -
SEAC endgültige
Stellungnahme

2026 -
Veröffentlichung und
Inkrafttreten

Anwendung der
Ausnahmen
(Derogations)

Juli 2021 -
Registry of
intention –
Absichtserklär-
ung der
Behörden*

**23 März bis
25 September
2023 -**
ECHA's public
consultation

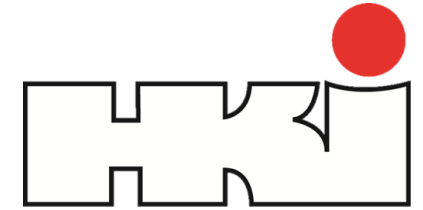
Q1 2024 (2 Monate) -
Public consultation
SEAC Stellungnahme

2025 -
Vorschlag der
Beschränkung
durch die
Kommission

Übergangszeit
von 18 Monate

*Chemikalienbehörden von Deutschland, Dänemark, Niederlande, Norwegen und Schweden

Beschränkungsprojekte



- PFAS – sogenannte Per- und Polyfluorierte Stoffe sollen beschränkt werden
- Offizielle Veröffentlichung + Konsultation 22.03.2023 bis 25.09.2023
- Es sind 5.600 Kommentare von mehr als 4.400 Organisationen, Unternehmen und Einzelpersonen bei der ECHA eingegangen
- Veröffentlicht unter [Submitted restrictions under consideration - ECHA \(europa.eu\)](https://echa.europa.eu/de/restrictions-under-consideration/-/submitted-restrictions-under-consideration)
- Die Kommentare werden nun vom RAC (Ausschuss für Risikobewertung) und SEAC (für sozioökonomische Analyse) geprüft und sie bilden ihre Meinung.
- Die „Dossier-Ersteller“ prüfen die Konsultationsbeiträge und aktualisieren möglicherweise ihren Beschränkungsantrag.

<https://echa.europa.eu/de/restrictions-under-consideration/-/substance-rev/72301/term>

Name	Per- and polyfluoroalkyl substances (PFAS)
EC Number	-
CAS Number	-
Submitted by	Germany
Scope	Restriction on the manufacture, placing on the market and use of PFASs.
Information note on restriction report	
Restriction report	Annex XV report
Restriction report annexes	Annex A Annex B Annex C Annex D Annex E Annex F Annex G Appendix E4 Appendix G1 Appendix G2 Appendix E2
Consultation on restriction report	Give Comments
Start of consultation on Annex XV report	22/03/2023
1st deadline for comments on Annex XV report	
End of consultation on Annex XV report	25/09/2023
Comments submitted to date on restriction report	
Response!	
Informatic	
Draft opini	

Part 16 Part 31

Part 17 Part 32

Part 18 Part 33

Part 19 Part 34

Part 20 Part 35

Part 21 Part 36

Part 22 Part 37

Part 23 Part 38

Part 24 Part 39

Part 25 Part 40

Part 26 Part 41

Part 27 Part 42

Part 28 Part 43

Part 29 Part 44

Part 30 Part 45

Part 46

Part 47

Part 48

Part 49

Part 50

Part 51

Part 52

Part 53

Part 54

Part 55

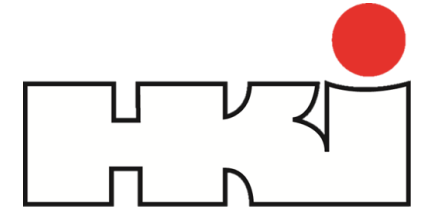
Part 56

Part 57

Per- and polyfluoroalkyl substances (PFAS)	
EC / List no: - CAS no: -	
CLP Annex VI Index number	
Further substance information	<p>Per- and polyfluoroalkyl substances (PFAS) defined as: any substance that contains at least one fully fluorinated methyl (CF₃-) or methylene (-CF₂-) carbon atom (without any H/C/Br/I attached to it).</p> <p>A substance that only contains the following structural elements is excluded from the scope of the proposed restriction: CF₃-X or X-CF₂-X, where X = -OR or -NRR' and X' = methyl (-CH₃), methylene (-CH₂-), an aromatic group, a carbonyl group (-C(O)-), -OR'', -SR'' or -NR''R''', and where R/R'/R''/R''' is a hydrogen (-H), methyl (-CH₃), methylene (-CH₂-), an aromatic group or a carbonyl group (-C(O)-).</p>
Submitter(s)	<ul style="list-style-type: none"> 🇩🇪 Germany 🇩🇰 Denmark 🇳🇱 Netherlands 🇳🇴 Norway 🇸🇪 Sweden
Details on the scope of restriction	Restriction on the manufacture, placing on the market and use of PFASs.
Reason for restriction	PFASs are, or ultimately transform into, persistent substances, leading to irreversible environmental exposure and accumulation. Due to their water solubility and mobility, contamination of surface, ground- and drinking water and soil has occurred in the EU as well as globally and will continue. It has been proven very difficult and extremely costly to remove PFASs when released to the environment. In addition, some PFASs have been documented as toxic and/or bioaccumulative substances, both with respect to human health as well as the environment. Without taking action, their concentrations will continue to increase, and their toxic and polluting effects will be difficult to reverse.
Remarks	
Status	Opinion development
Date of intention	15-Jul-2021
Expected date of submission	13-Jan-2023
Withdrawal date	
Reason for withdrawal	
Start of first Call for Evidence consultation	1-Jul-2021
Deadline for comments on the first Call for Evidence	31-Okt-2021
Start of second Call for Evidence consultation	
Deadline for comments on the second Call for Evidence	
Start of third Call for Evidence consultation	
Deadline for comments on the third Call for Evidence	
Restriction report (and annexes)	<ul style="list-style-type: none"> 📄 Annex A 📄 Annex B 📄 Annex C 📄 Annex D 📄 Annex E 📄 Annex F 📄 Annex G 📄 Appendix E2 📄 Appendix E4 📄 Appendix G1 📄 Appendix G2 📄 Annex XV report
Information note on restriction report	📄 Info note
Start of Annex XV report consultation	22-Mär-2023
1st deadline for comments on Annex XV report	
Final deadline for comments on Annex XV report	25-Sep-2023

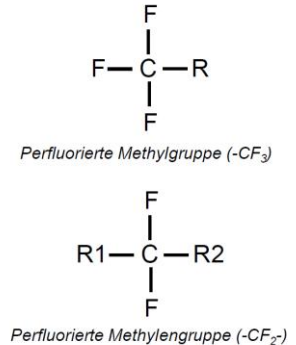
Der Beschränkungs-vorschlag

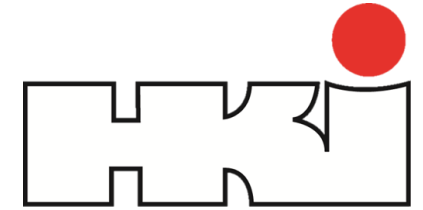
im Detail



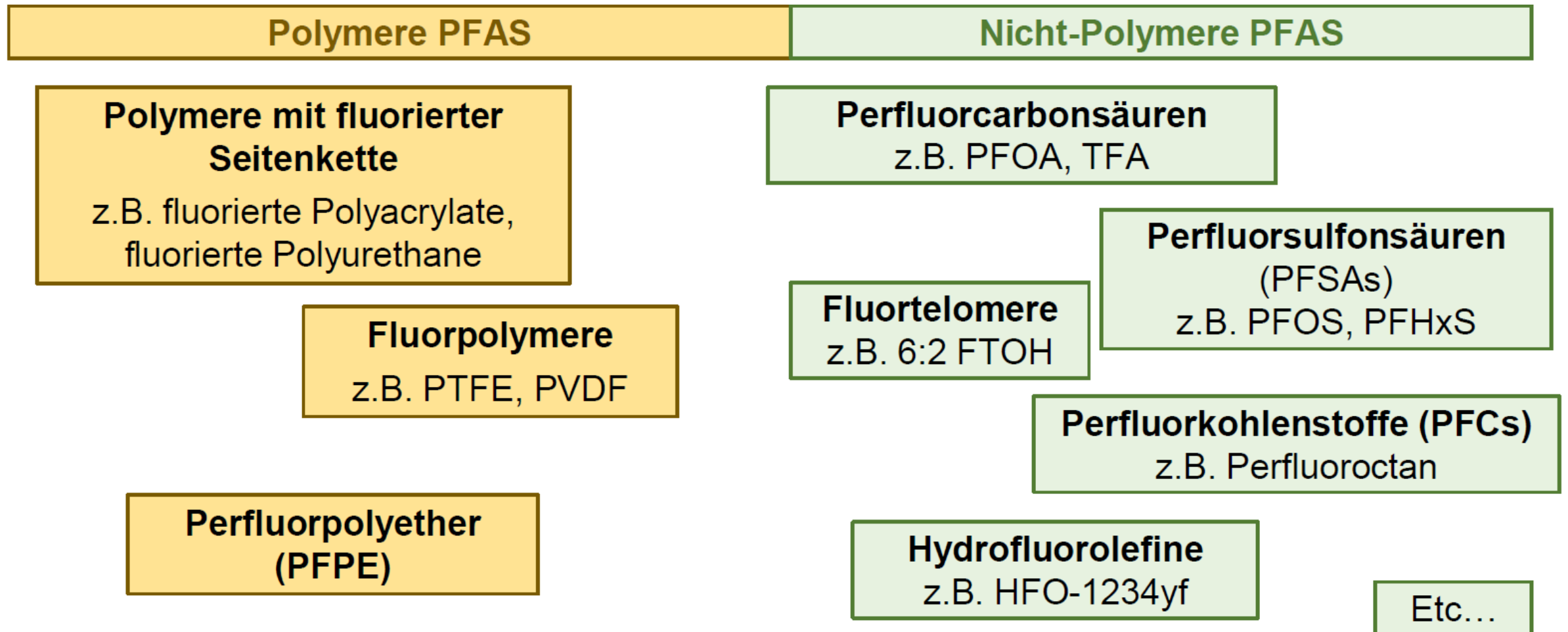
Beschränkungsvorschlag

- Anwendungsbereich des Beschränkungsvorschlags: **Jeder Stoff, der mindestens ein vollständig fluoriertes Methyl- (CF₃-) oder Methylen- (-CF₂-) Kohlenstoffatom (ohne daran gebundenes H/Cl/Br/I) enthält**
- Die PFAS-Beschränkung verwendet die gleiche Definition wie die OECD [Link](#)
- Beschränkungsvorschlag für **die Herstellung, das Inverkehrbringen sowie die Verwendung von PFAS** als solche und als Bestandteile anderer Stoffe, in Gemischen und in Erzeugnissen ab einer bestimmten Konzentration zu regeln.
- Konzentrationsgrenzwerte gemäß Dossier sind
 - **25 ppb für jedes PFAS**, gemessen mit gezielter PFAS-Analyse (ohne polymere PFAS)
 - **250 ppb für die Summe der PFAS**, die als Summe der gezielten PFAS-Analyse gemessen werden
 - **50 ppm für PFAS (einschließlich polymerer PFAS)**, übersteigt der Gesamtfluorgehalt 50 mg F/kg, so muss der Hersteller, Importeur oder nachgeschaltete Anwender den Vollzugsbehörden auf Verlangen einen Nachweis für den gemessenen Fluorgehalt an PFAS oder an nicht-PFAS vorlegen





PFAS-Untergruppen im Scope



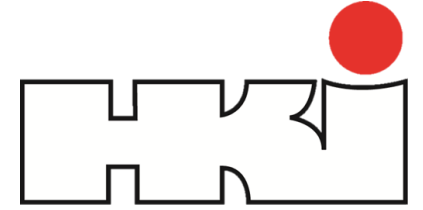
Ca. 10.000 Substanzen sind betroffen

Betroffene Anwendungen

Applications of fluorinated polymers

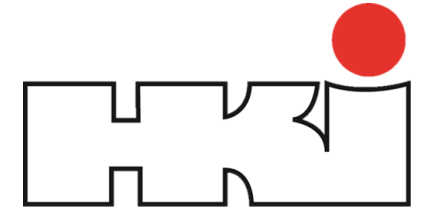


Fluoropolymers			Side chain fluorinated polymers		
 Pharma	 Renewable energy	 Telecom	 Non-wovens	 Cosmetics	 Textiles
 Electronics & Semiconductors	 Automotive	 Chemical Processing	 Carpets	 Fire fighting foams	 Food packaging



Ausnahmen

- bestehen für PFAS, die als Wirkstoffe in
 - Pflanzenschutzmitteln
 - Biozidprodukten
 - Arzneimittelnverwendet werden
- Diese PFAS werden in sektorspezifischen Regelungen geprüft und behandelt, um ihren Eintrag in die Umwelt zu minimieren.
- unter den Beschränkungsvorschlag fallen **alle Verwendungen von PFAS**
- unabhängig ob sie von den Behörden im Dossier speziell bewertet wurden und/oder im Bericht erwähnt werden oder nicht.



Betrachtete Beschränkungsoptionen

- Das Dossier enthält zwei Beschränkungsoptionen, die von den Behörden beide als verhältnismäßig angesehen werden

RO1

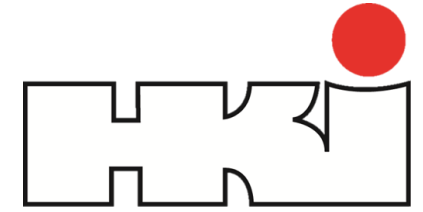
Vollständiges Verbot aller Verwendungen

- Übergangsfrist: 18 Monate

RO2

Verbot mit verwendungsspezifischen Ausnahmen

- Übergangsfrist: 18 Monate
- Ausnahmen
 - 5 Jahre (Analyse der Alternativen)
 - 12 Jahre (Analyse der Alternativen)
 - Zeitlich unbefristet (spezifisch begründet)



Beschränkungsoption RO2

- Die Beschränkungsoption RO2 enthält zeitliche Verlängerungen für Verwendungen und wird von den Behörden favorisiert
- Ausnahmen (Absätze 5 & 6)



Vorgeschlagene Ausnahmen

- Ausreichend aussagekräftige Informationen, die derzeit Ausnahmen rechtfertigen

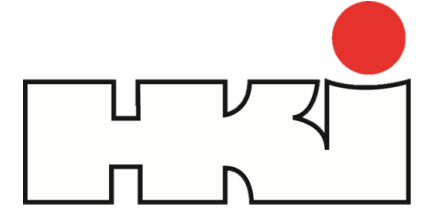
[Potentielle Ausnahmen]

- Schwache Hinweise, die derzeit nicht für eine Ausnahme ausreichen

Quelle: BAUA

- Danach: Erneute Betrachtung auf Basis von Informationen aus der Konsultation
- Während des Konsultationszeitraums können Informationen eingereicht werden, um bspw. die Aufnahme weiterer Ausnahmen zu begründen

Beschränkungsoption RO2 – Ausnahme Lebensmittelkontaktmaterialien



- 6a für Fluorpolymere in Lebensmittelkontaktmaterialien in der industriellen und gewerblichen Lebensmittel- und Futtermittelproduktion
- Zeitliche Ausnahme bis 6,5 Jahre nach dem Inkrafttreten der Beschränkungsverordnung
- nach Absatz (3) Paragraph 6 würden folgende Anwendungen unter diese Ausnahme fallen :
 - Rohre und Schläuche für Trinkwasseranwendungen;
 - Filter zum Auffangen von Verunreinigungen, z. B. bei der Dampffiltration in der Lebensmittelverarbeitung;
 - Dichtungen, O-Ringe, Dichtungsringe, Rohre und Schläuche, Kompensatoren;
 - Ventile und Armaturen, Förderbänder, Rutschen, Führungsschienen, Rollen, Trichter und Gleitplatten, Tanks, Trichter, Rollen, Auskleidungen, Klingen von Messern und Scheren, Federn, Filtermembranen und Sensorabdeckungen, Schmiermitte



ANNEX XV RESTRICTION REPORT

PROPOSAL FOR A RESTRICTION

SUBSTANCE NAME(S): Per- and polyfluoroalkyl substances (PFASs)

IUPAC NAME(S): n.a.

EC NUMBER(S): n.a.

CAS NUMBER(S): n.a.

CONTACT DETAILS OF THE DOSSIER SUBMITTERS:

BAuA

Federal Institute for Occupational Safety and Health
Division 5 - Federal Office for Chemicals
Friedrich-Henkel-Weg 1-25
D-44149 Dortmund, Germany

Bureau REACH, National Institute for Public Health and the Environment (RIVM)
Antonie van Leeuwenhoeklaan 9
3721 MA Bilthoven, The Netherlands

Swedish Chemicals Agency (KEMI)
PO Box 2,
SE-172 13 Sundbyberg, Sweden

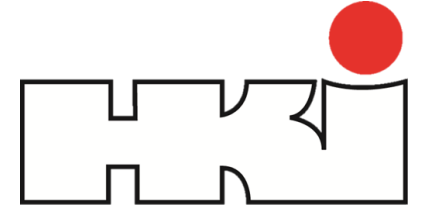
Norwegian Environment Agency
P.O. Box 5672 Torgarden
N-7485 Trondheim, Norway

The Danish Environmental Protection Agency
Tolderlundsvej 5
5000 Odense C, Denmark

VERSION NUMBER: 2

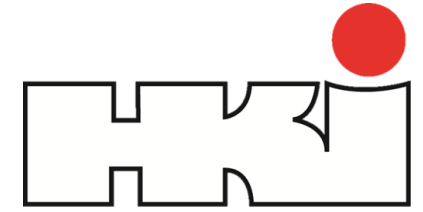
DATE: 22.03.2023

Beschränkungsoption RO2 – Ausnahme Lebensmittelkontaktmaterialien



- potentielle Ausnahme 6g für industrielles und gewerbliches Koch- und Backgeschirr (cookware + bakeware)
- Materialien mit Lebensmittelkontakt zur Verwendung in Verbraucherartikeln fallen explizit nicht unter die Ausnahmeregelung 6a
- Es ist keine Ausnahme für Verpackungen (z.B. aus Papier und Kunststoff) und Koch- und Backgeschirr für den Endverbraucher vorgesehen!
 - Anwendung der Beschränkung wäre
18 Monaten nach dem Inkrafttreten der Beschränkungsverordnung

Pflicht zur Abgabe eines Managementplans



- Pflicht eines standortspezifischen Managementplans (Absatz 8) besteht für Ausnahmen der Abs. 5 + 6

Verpflichtung zur Erstellung eines standort-spezifischen Management Plans in Bezug auf FP und PFPE*, wenn von Ausnahmen Gebrauch gemacht wird



Wer

- Hersteller, Importeure und nachgeschaltete Anwender

Was

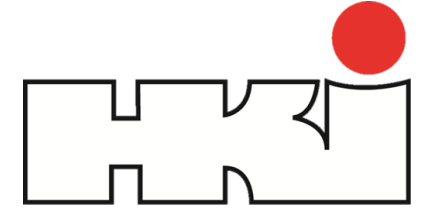
- Identität der Stoffe und der Produkte, in denen sie verwendet werden
- Begründung für die Verwendung
- Verwendungsbedingungen
- Angaben zur sicheren Entsorgung

Zweck

- Einblick in die Verwendung von PFAS
- Sicherstellen der sicheren Handhabung und Entsorgung
- Unterstützung der Überwachung
- Unterstützung der Überprüfung

Quelle: BAUA

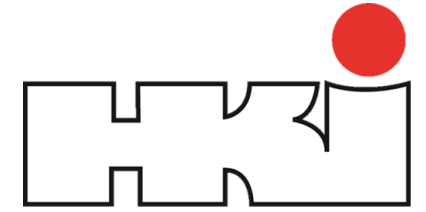
- Der Managementplan soll jährlich überprüft und für die Behörde bereitgehalten werden



Meinungsbildung RAC und SEAC

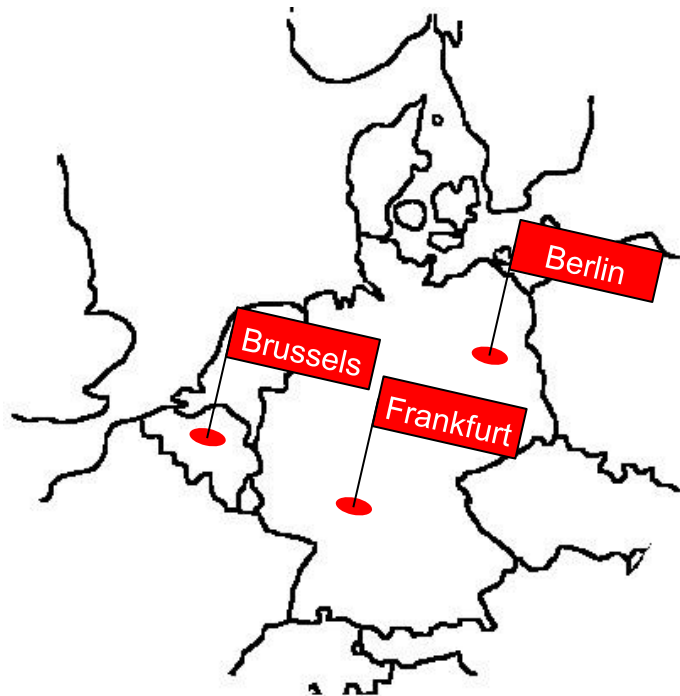
- Die Kommentare werden nun vom RAC und SEAC geprüft und sie bilden ihre Meinung.
 - RAC Ausschuss für Risikobewertung
 - spricht sich im September für einen sektoralen Ansatz bei der Bewertung aus
 - die Kommentare aus der Konsultation sollten abgewartet werden
 - ein Arbeitsplan für 2024 soll aufgestellt werden
 - RAC Focus der nächsten Sitzung (Ende Nov.) liegt auf dem Anwendungsbereich, den Gefahren, den Emissionen während und am Ende des Lebenszyklus, Consumer-Anwendungen, Kosmetika, Skiwachs
 - SEAC Ausschuss für sozioökonomische Analyse
 - stimmt dem sektoralen Ansatz zu
 - die Meinungsbildung wird sich an den Stellungnahmen der Konsultation und den Beweisen orientieren.

Fazit: Es tut sich viel + es bleibt spannend



**Vielen Dank für Ihre
Aufmerksamkeit!**

Im Interesse der Industrie seit 1949



Industrieverband Haus-, Heiz- und
Küchentechnik e.V.

Annekathrin Schmitt

Lyoner Straße 9

D-60528 Frankfurt am Main

☎ +49 (0) 69/25 62 68 – 104

📠 +49 (0) 69/25 62 68 – 100

E-Mail: schmitt@hki-online.de